



Martina Michels, MdB

Jahresrückblick und ein Ausblick auf 2012

„Das Jahr 2011 mit seinen vielen politischen Wendepunkten ist vorbei. Ich wünsche mir und den politischen Mitstreiterinnen und Mitstreitern der LINKEN für 2012 neue Energie und Kreativität beim Angehen künftiger Herausforderungen, Entschlossenheit, unsere bisherigen Errungenschaften zu verteidigen und weiterhin Freude am gemeinsamen Gestalten linker Politik für ein soziales Berlin!“

Das Jahr 2011 war ein Jahr des Wandels, der Umgestaltung und der großen Veränderungen: Fukushima, „Arabischer Frühling“, Bin Ladens Tod, Anschläge in Norwegen, rechte „Terrorzellen“ in Deutschland, Griechenlandkrise und Eurokrise sind nur einige Schlagworte der weltweiten Ereignisse.

Zugleich gab es in sieben deutschen Bundesländern Landtagswahlen, die auch hier die politische Landschaft z.T. stark verändert haben. In Berlin, wo am 18. September gewählt wurde, sitzt DIE LINKE nun gemeinsam mit der Piratenpartei und den Grünen in der Opposition, während SPD und CDU eine Regierungskoalition gebildet haben, deren erster Minister bereits nach zwei Wochen im Amt zurücktreten musste. Im Interview erzählt Martina Michels von ihrem Jahr 2011, welche Erfolge, Niederlagen und

Veränderungen sie erlebt hat und was sie im Jahr 2012 plant.

Das Jahr 2011

Welches war für dich das wichtigste Ereignis des Jahres 2011?

Ohne Frage war die Wahl für das Berliner Abgeordnetenhaus für mich das wichtigste Ereignis des Jahres 2011. Nicht nur, weil es mich als Abgeordnete direkt betraf, sondern vor allem, weil ich mich dieser Stadt so eng verbunden fühle und seit zwanzig Jahren meine ganze Kraft und Leidenschaft der Berliner Politik widme.

Welche anderen Ereignisse des vergangenen Jahres werden deiner Meinung nach das Jahr 2012 prägen?

Generell war es ein Jahr voll mit herausragenden Ereignissen, die wichtige Wendepunkte für die Welt werden können. Der „Arabische Frühling“ zu Beginn des Jahres hat eine gewaltige Protestbe-

wegung in Gang gesetzt. Die Menschen kämpfen in den muslimischen Ländern für ihre demokratischen Rechte und nach Jahrzehnten der Unterdrückung wurden Regime gestürzt. Diese Entwicklung macht mich optimistisch und doch zeigt sie uns in Europa, wie zerbrechlich und verteidigungswert politische Mitbestimmung und die Grundrechte sind. Zugleich müssen sich die Regierungen der „westlichen Welt“ nun fragen, wieso sie so lang und intensiv mit jenen Regimen zusammengearbeitet haben.

Mitten in diese rasante und bewegende Entwicklung kam die Nachricht vom Reaktorunglück in Fukushima. Kurzzeitig stand die Welt still, alle schauten auf die verzweifelten Versuche der Japaner, den Super-GAU zu verhindern. Alles Gerede vom sicheren AKW und zukunftsfähigem Atomstrom stellte sich als Unfug heraus.

Ansonsten war Europa das medial beherrschende Thema des Jahres 2011 - für mich als Europapolitikerin eigentlich ein schöner Zustand. Allerdings wurde nur noch von der „Eurokrise“ gesprochen, die europäische Idee droht vor dem Hintergrund der Staatsschuldenkrise zu zerbrechen. Doch wir sollten angesichts der Probleme im Euro-Raum nicht auseinandergeraten, sondern Europa auch als einen gemeinsamen finanz- und vor allem sozialpolitischen Raum denken, statt wie bisher nur als einen gemeinsamen Wirtschaftsraum.

Und nicht zu vergessen ist der Programmpartei-tag im Oktober als ein wichtiges und wegweisendes Ereignis für DIE LINKE. Die intensive Auseinandersetzung war notwendig und die Zustimmung von über 96 Prozent der Delegierten und mehr als 95 Prozent Ja-Stimmen beim Mitgliederentscheid zeigen,

dass die Debatte nicht gespalten, sondern geeint hat.

Hattest du Vorsätze für das Jahr 2011?

Erneut fürs Berliner Abgeordnetenhaus kandidieren und wieder im Abgeordnetenhaus einziehen

Welche Wünsche hattest du für 2011, die sich nicht erfüllt haben?

Natürlich habe ich auf eine Fortsetzung der rot-roten Koalition in Berlin gehofft und habe mir sehr gewünscht, mein Direktmandat in Friedrichshain-Kreuzberg zu verteidigen. Leider hat sich beides aufgrund des schlechten Wahlergebnisses nicht erfüllt.

Was war Dein größter politischer Erfolg 2011?

Ich bin wieder ins AGH eingezogen und zur Bezirksvorsitzenden in Friedrichshain-Kreuzberg gewählt worden.

Was war für Dich die größte politische Überraschung im Jahr 2011?

Der Einzug der Piraten ins Berliner Parlament.

Wahljahr 2011

Rückblickend auf das Berliner Wahl-Jahr 2011, welche Lehren sollte die Berliner LINKE aus dem Jahr 2011 ziehen?

Für DIE LINKE stellen sich nach dem Wahldebakel eine Reihe von Fragen, die sie in einem Erneuerungsprozess kritisch und mit klarem Blick nach vorn beantworten muss: Wie entwickelt sich das richtige Gefühl für die Stadt? Wie

lässt sich die innerparteiliche Streitkultur in der gesamten Partei verbessern? Wie lassen sich verbesserte Strukturen für die Zusammenarbeit mit Vereinen, Interessenvertretungen und Verbänden aufbauen, um die Verbindung zur Stadtgesellschaft zu vertiefen?

Die Piratenpartei ist 2011 erstmals zur Wahl für das Berliner Abgeordnetenhaus angetreten und haben 8,9 Prozent der Stimmen erhalten. Wo siehst du die Gründe für dieses Wahlergebnis?

Der Erfolg der Piraten speist sich keineswegs nur aus dem netzpolitischen Interesse der „Generation Internet“ sondern vielmehr aus dem Wunsch nach einem Wechsel der politischen Kultur, mehr Transparenz und einem anderen Politikstil im Gegensatz zu den „etablierten“ Parteien. Das sollte Ausgangspunkt unserer Zukunftskonzeption sein.

„Wir müssen gegenüber der schwarz-roten Regierung das Erreichte aus der rot-roten Regierungszeit verteidigen und Transparenz einfordern.“

Hat sich dein Bild von der Stadt durch das Wahlergebnis verändert?

Ja, die BürgerInnen erwarten klare Antworten auf die drängendsten

Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg: Am 03.12.2011 wurde neuer Vorstand gewählt.

Am 3. Dezember 2011 wählte die Hauptversammlung den neuen Bezirksvorstand der LINKEN Friedrichshain-Kreuzberg. Mit Martina Michels, Mitglied des Abgeordnetenhauses, und Figen Izgin hat DIE LINKE im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg erstmals zwei Frauen als gleichberechtigte Vorsitzende gewählt. Sie folgen der Bundestagsabgeordneten Halina Wawzyniak, die

bereits im Frühjahr angekündigt hatte, nicht mehr als Bezirksvorsitzende kandidieren zu wollen.

Der neue Bezirksvorstand umfasst neben den beiden Vorsitzenden zehn weitere Mitglieder: Johanna Maiwald, Jutta Matuschek, Katina Schubert, Ulrike Juda, Pascal Meiser, Knut Mildner-Spindler, Daniel Wittmer, Jörg Pauly, Damiano Valgolio und Steffen Zillich,

Probleme. Die Mieten- und Wohnungsprobleme sind unterschätzt worden. Nachvollziehbarkeit und Transparenz spielt eine wichtige Rolle im Kampf gegen Politikverdrossenheit. Der Bürgerwille beim „Wasser-Begehren“ wurde deutlich unterschätzt. Wenn Bürger mitentscheiden, wollen sie auch ernst genommen werden.

Was hat sich für dich durch den Wechsel in die Opposition verändert?

Ich habe in meiner politischen Arbeit bereits Erfahrung in der Oppositionsrolle. Diese verlangt eine tiefe Verbindung in die Stadtgesellschaft hinein und enge Kooperation zu außerparlamentarischen Bewegungen. Es kommt auf Treffsicherheit und Konsequenz in der Auseinandersetzung mit der Regierungspolitik an. DIE LINKE hat dabei die originäre Aufgabe, die sozialen Errungenschaften der rot-roten Regierungsarbeit zu verteidigen.

Du hast eine „konstruktive, nach vorne gerichtete Beteiligung an der Oppositionspolitik im Land“ angekündigt. Welche konkreten Erwartungen hast du an

die Oppositionsarbeit der LINKEN?

Es ist Aufgabe der LINKEN, Dinge kritisch auf den Punkt zu bringen und sich konsequent für die sozialen Belange zu engagieren. Wir müssen gegenüber der schwarz-roten Regierung das Erreichte aus der rot-roten Regierungszeit verteidigen und Transparenz einfordern.

Rot-schwarze Politik in Berlin 2012

Wie hast du die zurückliegenden 3 Monate rot-schwarze Regierung wahrgenommen - vor allem vor dem Hintergrund deiner 20jährigen Erfahrung als Berliner Abgeordnete?

Eines zeigte sich sehr schnell: Künftig wird Berlin von jener Koalition aus Rot und Schwarz regiert werden, die einst nach dem Bankenskandal abgewählt wurde. Der schnelle Rücktritt von Ex-Senator Braun (CDU) beweist, wie nahe die neue Koalition dabei dem alten Filz vergangener Zeiten ist. Der Koalitionsvertrag zwischen SPD und CDU offenbart die Eckpunkte der neuen Koalitionspolitik:

Die Entscheidung für die verkehrspolitisch unsinnige Stadtautobahn A100 ist Synonym für Prestige- und Betondenken aus alter Zeit. Vieles vom Vereinbarten kommt schon sehr bekannt daher: Auf der einen Seite wird ein zusätzlicher Personalabbau in den Landesbehörden geplant und die notwendige Angleichung der Beamtenbesoldung verschoben. Auf der anderen Seite gönnt sich die Koalition in ihren eigenen Führungsetagen einen kräftigen Zuschlag. Künftig soll es 23 statt bisher 17 Staatssekretäre geben, ein Plus von 33 Prozent. Duster dagegen die Aussichten für die Schwächsten in unserer Stadt.

Welche für Jeden spürbaren Auswirkungen erwartest du durch die nun regierende rot-schwarze Koalition im kommenden Jahr?

Der Öffentlich geförderte Beschäftigungssektor wird abgeschafft. Im Ergebnis werden über 5000 Beschäftigte ihre Arbeit und ein existenzsicherndes Einkommen verlie-

ren. Viel gesellschaftlich sinnvolle Arbeit im sozialen, kulturellen, ökologischen und integrationspolitischen Bereich wird damit wegfallen oder fällt einer schlechtbezahlten „von der Leyenschen Bürgerarbeit“ anheim.

„Das gravierendste Problem dieser Koalitionsvereinbarung ist aber das, was gar nicht erst vereinbart wurde.“

Der Ruf nach härteren Sanktionen gegenüber Hartz IV-Empfangenden, das beredte Schweigen zum Thema prekäre Beschäftigung – all das lässt ahnen, wohin die Reise mit dieser Koalition geht.

Auch beim Thema Wohnen- und Mietpolitik ist die Koalitionsvereinbarung wenig innovativ. Wohnungsbaugesellschaften werden nicht zur Mietpreisdämpfung eingesetzt, ein notwendiges Zweckentfremdungs-

verbot ist nicht vorgesehen, geplant ist lediglich eine Bestandsaufnahme von Ferienwohnungen. Keine Aussagen zur Begrenzung der Umwandlung in Eigentumswohnungen.

Das gravierendste Problem dieser Koalitionsvereinbarung ist aber das, was gar nicht erst vereinbart wurde. Zum Beispiel das klare Ziel der Übernahme der Netze für Gas, Strom und Fernwärme, der Gründung eines eigenen kommunalen Energieversorgers. Die Netzkonzessionen für Gas, Strom und Fernwärme laufen 2013 bzw. 2014 aus. Rasche Entscheidungen sind notwendig. Um einen ökologischen Umbau der Energieversorgung voranzutreiben, muss die dezentrale Netzentwicklung politisch gesteuert werden. Die Entscheidung der Koalition, hierzu nichts zu entscheiden, lässt darauf schließen, dass die Chance vertan werden wird, eine kommunale Netzgesellschaft zu gründen, die vom ehemaligen Wirtschaftsminister Wolf (LINKE) schon vorbereitet wurde.

Auch andere Infrastrukturthemen wie die Re-kommunalisierung der Wasserbetriebe oder die Zukunft der S-Bahn bleiben unbeantwortet. In beiden Bereichen gibt es lediglich vorsichtig formulierte Verhandlungsaufträge. Mit dem Offenhalten einer Teilausschreibung des S-Bahn-Netzes droht die Zerschlagung. Nur mit dem Aufbau einer landeseigenen Trägersgesellschaft

wäre die Chance da, die S-Bahn selbst zu betreiben. Kein Wort darüber im Koalitionsvertrag.

Aber auch auf dem Gebiet der Bürgerrechte und Partizipation zeichnen sich gefährliche Tendenzen ab: Die neuesten Enthüllungen über die jahrelange Mordserie von rechtsextremistischen Untergrundgruppen zeigen, dass die Gleichsetzung von Link- und Rechtsextremismus falsch war und ist. Ungeachtet dessen plant die CDU, die das Innenressort verantwortet, die Einrichtung von „Foren gegen den Linksextremismus“. Unverzichtbar bleibt dagegen die Förderung von Strukturen und Projekten zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Neonazismus. Dazu gehört auch die Abschaffung der Extremismusklausel, die bisher in Berlin nicht angewendet wurde.

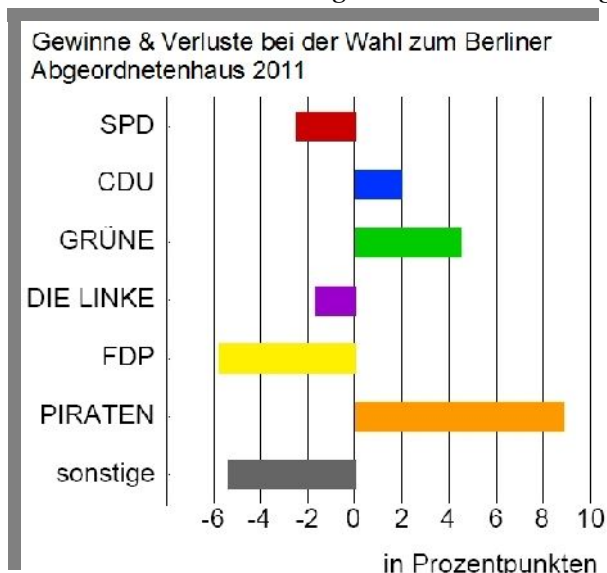
Was wünschst du dem Berliner Bürgermeister Klaus Wowereit für das Jahr 2012?

Ein gutes Gespür für die Probleme der Menschen in unserer Stadt, gutes Erinnerungsvermögen an die Erfolge der rot-roten Regierungszeit und Standhaftigkeit in der Auseinandersetzung mit dem Koalitionspartner CDU.

FRIEDRICHSHAIN-KREUZBERG 2012

Welche Ziele hast du dir bzw. habt ihr euch für das Jahr 2012 gesetzt?

Wir brauchen eine neue Aufbruchstimmung in der Partei unter dem



Motto „Jetzt erst recht!“. Erreichbar ist das nur durch eine konkrete Aufgabenbestimmung für die Parteiorganisation auf Bezirksebene. Dazu werden wir unsere kommunalpolitischen Ziele im Bezirk mit konkreten Projekten und Aktionen untersetzen.

Unsere bisherigen Arbeits- und Aktionsstrukturen und Denkmuster gehören dabei auf den Prüfstand. Notwendig sind tragfähige Arbeitsstrukturen, die eine innerparteiliche Diskussion besser ermöglichen. Unser „Basistag“ muss wieder ein Tag der Basis werden, der offen ist für alle Mitglieder und weniger erklärt sondern mehr gemeinsam hinterfragt.

Und wie kann man diese Ziele erreichen?

Erforderlich sind spezielle Arbeitszusammenhänge für Jugendliche, in denen junge Leute Ideen für Aktionen entwickeln und ausprobieren können. Moderne Kommunikationsformen wie facebook gehören dazu. Das setzt aber auch voraus, dass wir jugendliche Experimente zulassen und nicht von vornherein bewerten, was gut und richtig ist. Genauso braucht es aber die Akzeptanz, dass unsere älteren Genossen andere Kommunikationsbedürfnisse und aus ihrer Erfahrung resultierende Vorstellungen haben. Sie zu vernachlässigen hieße, auf diese Lebenserfahrung zu verzichten. Diesen Spagat müssen wir aushalten.

Wir brauchen m.E. in vielem das Fahrrad auch

nicht neu zu erfinden. Es gibt eine ganze Reihe von Erfahrungen, die wir in den zurückliegenden Jahren gemeinsam gesammelt haben. Es wäre falsch, alles über Bord zu werfen. An manches müssen wir uns wieder gemeinsam erinnern. Ich möchte an einer „Partei für den Alltag“ anknüpfen, die außerparlamentarisch in Bewegungen, Vereinen und Projekten mitmischt, die auf Basiskonferenzen Alternativen diskutiert. Das solidarische Miteinander und gegenseitige Akzeptieren unterschiedlicher Meinungen muss wieder stärker in den Mittelpunkt rücken.

Bezirks sowie alte Erfahrung und neuer Wind. Unser gemeinsames Ziel ist eine politische Führung, die nicht trennt sondern vereint.

Ein Frage zum Schluss: Welche persönlichen Vorsätze hast du für das Jahr 2012?

Ich möchte mit daran arbeiten, dass sich in Berlin die Erkenntnis durchsetzt, dass DIE LINKE in Berlin als Partei für den Alltag gebraucht wird. Ich möchte vor allem junge Leute zum Mitmachen und Einmischen bewegen.

(Das Interview führte Claudia Kröber.)



Der neue Vorstand der LINKEN im Bezirk Friedrichshain Kreuzberg

Welche Veränderungen sind mit dem neu gewählten Vorstand und euch als zwei gleichberechtigten Vorsitzenden zu erwarten?

Die Doppelspitze auf Bezirksebene ist ein Novum in der Berliner Linken. Hier vereinen sich der Ost- und der Westteil des

Der Newsletter erscheint monatlich und steht auf meiner Homepage www.martina-michels.de zum Download zur Verfügung.